

Dokumentation:

Wie vorwärts?

Aktionsprogramm für den IG Metall-Streik

Während die Regierung, aktiv unterstützt von der SPD-Führung, in einer Offensive die politischen Rechte (z.B. Aufhebung des Asylrechts) einschränkt und durch Gesetze den Lebensstandard der Lohnabhängigen qualitativ herunterdrücken will, konzentrieren sich die Metallunternehmer auf Lohnraub und Aushebelung des Tarifvertragswesens.

Folgende unmittelbaren Forderungen ergeben sich aus dem Metall-/Stahlarbeiterstreik im Osten:

- **kompromißlose Verteidigung der Osttarifverträge. Keine Öffnungsklauseln, Schluß mit der Mauschelei**

Der kapitalistische Anschlag auf das Tarifvertragswesen, das einen Schutz für die Arbeiter darstellt, muß vereitelt werden. Die Bereitschaft der IG Metallbürokratie, die Lohnangleichung an den Westen noch um weitere Jahre hinauszuschieben und per "Härteklause" untertariflich bezahlte Arbeit zuzulassen, muß zurückgewiesen werden.

- **sofortige Ausweitung der Streiks zum IGM-Vollstreik in Ost und West**

Statt ineffektiver Begrenzung auf den Osten müssen die Streiks auf alle IGM-Bereiche sofort ausgedehnt werden - eine Niederlage im Osten bedeutete auch Fortsetzung des Lohnraubes und Arbeitslosigkeit im Westen. Ansetzend an den bisher durchgeführten müssen *national koordinierte Betriebsbesetzungen* organisiert werden, die die Unternehmer da packen, wo sie Profite machen.

- **Streikkomitees, gewählt von der Basis**

Die Gewerkschaftsführer benutzen die Mitglieder als Spielbälle, um wieder einmal einen "Kompromiß" zur Rettung ihrer (Vermittler-) Posten durchzusetzen - die Arbeiterinteressen bleiben auf der Strecke. Nehmt ihnen die Streikführung aus den Händen - verhindert den erneuten Ausverkauf!

- **Zieht die Bergarbeiter, die ÖTV, HBV, die Drucker in den Streik**

Alle Sektoren der Lohnabhängigen sind von der kapitalistischen Offensive betroffen, *alle* müssen gegen die Angriffe der Unternehmer und deren Staat mobilisiert werden. Gemeinsame Kampfkationen als *Vorbereitung des Generalstreiks* gegen den Generalangriff sind nötig.

- **internationale Solidaritätsaktionen**

100 000 Stahlarbeiter sollen allein im EG-Raum ihren Job verlieren. Gegen die nationalistischen Spaltungsversuche müssen internationale Absprachen getroffen werden zur Verhinderung von Streiklieferungen, gegen Stilllegungspläne, Produktionsquotenregelungen und Lohndrückerei.

Der jetzt stattfindende Streik in Ostdeutschland entzündet sich an einer strukturellen Krise des deutschen Kapitals, die mittels einer fundamentalen Niederlage der Arbeiterbewegung bereinigt werden soll. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist eine grundsätzliche Erweiterung der Streikziele nötig:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West - sofort**

- **Massive Lohnerhöhungen - automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerung** damit die Löhne mit der Inflation Schritt halten.

- **Keine Entlassungen - einen Job für jede(n) Arbeitslose(n)**

- **Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich**

De-Industrialisierung im Osten und Massenentlassungen im Westen (z.B. EKO und Rheinhausen) zeigen, daß der alleinige Kampf um Löhne zu kurz greift. Der kapitalistische Rationalisierungs-Teufelskreis muß durchbrochen werden - bei vollem Lohn muß die Arbeitszeit des einzelnen so gekürzt werden, daß alle Arbeit haben.

- **Öffentliche Arbeiten**

unter direkter Verwaltung der Beschäftigten, bezahlt von den Unternehmern nach (erhöhten) West-Löhnen.

- **Arbeiterkontrolle über die Produktion**

einzelner Betriebe bis hin zum nationalen Zusammenschluß der Lohnabhängigen, verbunden mit der *Offenlegung der Geschäftsbücher*, wird die wirklichen Einnahmen und Ausgaben feststellen; keine Übernahme der Verantwortung für bankrotte Unternehmen. Die dann ans Tageslicht tretenden Machenschaften und geplanten Angriffe der Unternehmer, der Banken und des Staates auf die Interessen der Bevölkerung können so verhindert werden.

Die Aufhebung des Profitsystems durch die *entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten* wird den Weg frei machen für eine von den Lohnabhängigen demokratisch kontrollierte *sozialistische Planwirtschaft*, die (stalinistischen oder sozialdemokratischen) Bürokraten keine politische Macht gibt. Nur eine *Arbeiterregierung*, gestützt auf die Organe der Lohnabhängigen, wie z.B. Fabrikkomitees, wird die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Kosten der kapitalistischen Minderheit sichern.